

- 9.1 Straßenbeleuchtung im Bereich Ruhrstraße - Willbecker Straße
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.07.2011
Vorlagenr. 133/2011
10. Straßenreinigung in städtischer Regie?
Untersuchung
Vorlagenr. 126/2011
11. Neubau Brücke Hochdahlhaus/Sedenquelle (BW 2.59)
Vorlagenr. 134/2011
12. Brückensanierungskonzept Teil 1
Vorlagenr. 68/2011
13. Bürgeranträge
- 13.1 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land NRW:
Bürgerantrag von Frau Ingeborg Georg und Herrn Horst Georg
hier: Beanstandung des Beschlusses vom 15.03.2011 zur Sperrung der Kempener
Strasse, Feldheider Strasse und Johannesberger Strasse
Vorlagenr. 237/2010 2. Ergänzung
14. Modernisierung und barrierefreier Ausbau des Haltepunkts Hochdahl
Vorlagenr. 231/2010 1. Ergänzung
15. Bewertung der Rutschgefahr und Zustand des Pflasters im Bereich unterer Hoch-
dahler Markt
Vorlagenr. 131/2011
16. Bordsteinabsenkungen im Erkrather Stadtgebiet
Vorlagenr. 130/2011

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

17. Einwendungen gegen die Fassung der Niederschrift über die 22. und 23.Sitzung des
Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr am 31.05.2011 und 05.07.2011
-nichtöffentlicher Teil -
18. Berichte der Verwaltung
19. Anfragen

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Die stellv. Vorsitzende, Frau Schimke, stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einla-
dung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.
2. **Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (Bünd-
nis90/Die Grünen-Fraktion)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird AM Martin (Bündnis 90/Die Grünen) bestimmt.

3. Einwendungen gegen die Fassung der Niederschrift über die 22. und 23. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr am 31.05.2011 und 05.07.2011 - öffentlicher Teil -

Da die Fassung der Niederschriften über die 22. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr erst gestern versandt wurde und die Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr noch nicht vorliegt, wird die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt.

4. Berichte der Verwaltung

Herr Kentgens berichtet, dass erste Maßnahmen zur Schulwegesicherung umgesetzt worden seien; so seien am Bahnhof Millrath Sträucher angepflanzt worden, im Bereich der Dorfstr. wurde eine Elternhaltestelle eingerichtet. Einrichtung Tempo 30 Zone in der Bergstr. und deren Seitenstraßen erfolgt in Kürze.

Weiterhin sei auf der Stahlenhauser Str. ein neues Halteverbotsschild angebracht worden, sowie am Bürgerhaus zur Sedentaler Str. zwei Halbschranken und an der Beckhauser Str. wurde ein Parkplatz gesperrt, um eine bessere Sicht auf die Straße zu ermöglichen.

Weiterhin teilt Herr Kentgens mit, dass die Ermittlung der Kosten für die Sanierung der Hochdahlarcaden, sowohl technisch als auch personell nicht machbar sei. Es sei geplant ein Ingenieur Büro hierfür zu beauftragen. Die Mittel hierfür werden in den Haushalt 2012 eingestellt.

Des Weiteren erklärt Herr Kentgens, dass in den Sommerferien für 20.000 Euro Markierungsarbeiten vorgenommen worden seien. Er bezieht sich dabei auf die Anfragen in der letzten Ratssitzung.

Zudem teilt Herr Kentgens mit, dass es im Wesentlichen keine Änderungen im Rahmen des Nahverkehrsplans gegeben habe. Im ÖPNV-Ausschuss des Kreises Mettmann wird nun über Neuerungen berichtet. Die Verwaltung werde zur nächsten Sitzung einen TOP einbringen.

Weiterhin erklärt Herr Kentgens, dass die Stadt Erkrath beim Kreis Mettmann wegen des Fußgängerüberweg sowie geschwindigkeitsreduzierender Markierungen und Tempo 50 auf der Hochdahler Str. angefragt habe. Durch die Ferienzeit verzögere sich die Antwort, daher werde er in der nächsten Ausschusssitzung darüber berichten.

Herr Heffungs berichtet, dass in den Sommerferien weitere Prüfungen der Park- und Straßenbäume stattgefunden haben. Es müssten insgesamt vier Bäume gefällt werden. Es handle sich um Bäume an der Morper Allee, im Bavierpark, an der Stahlenhauser Str. und der Sedentaler Str. Diese Bäume werden ersetzt.

Des Weiteren erklärt Herr Heffungs anhand einer ausgeteilten Liste, dass 14 Waldrandbäume sofort beseitigt werden müssen. Diese Liste sei abschließend. Er erklärt, dass alle Bäume, die in irgendeiner Weise behandelt werden müssen, markiert seien. So sei schwer nachzuvollziehen, welcher Baum gefällt und welcher behandelt werden müsse.

AM Knitsch fragt, ob auch Bäume am Hausmannsweg/Naheweg betroffen seien und wie man dies erkennen könne.

Herr Heffungs antwortet, dass die Markierungen nicht eindeutig zuzuordnen seien.

Weiterhin weist Herr Heffungs auf einen Artikel der WZ vom 20.08.2011 hin, in dem es um die Lichtsignalanlagen an der Sedentaler Str. / Rankestr. und Hauptstr. ging. Er habe der WZ gegenüber nicht gesagt, dass die Lichtsignalanlage an der Hauptstraße überflüssig sei, sondern dass nach der Fertigstellung der L403n die Hauptstraße ihre Bedeutung als Verbindungsstraße verliere. Im Wege der von der politischen Vertretung beauftragten Neuplanung dieser Straße müsse man sich auch Gedanken über die Notwendigkeit der Lichtsignalanlage machen; diese könne dann vermutlich wegfallen.

Zudem berichtet Herr Heffungs, dass es am Hang südl. des Steinhofs Abschwemmungen auf die Straße gegeben habe. Die Straße wurde auf der südlichen Fahrbahn gesperrt. Es wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches klären sollte, inwieweit der Hang noch sicher sei und inwieweit Hangsicherungsmaßnahmen erforderlich seien. Laut Gutachten ist der Hang nicht standsicher. Gespräche mit dem Gutachter und danach den Grundstückseigentümern werden folgen.

Des weiteren teilt Herr Heffungs mit, dass in der Willbecker Str. im Rahmen der Kanalsanierungsarbeiten zwischen Erftstr. und Ruhrstr. zwei Bäume gefällt werden müssen, die Übernahme der Kanalhausanschlüsse vom alten Kanal in der Böschung zum neuen Kanal in der Straße anders nicht möglich sei. Die zwei Bäume werden vom Abwasserbetrieb ersetzt.

Weiterhin erklärt Herr Heffungs, dass ein Baum südl. Des Stadtweihers einen Stammsschaden habe und daher nicht mehr standsicher sei. Auch dieser Baum werde ersetzt. Ebenso habe ein Baum am Hans-Sachs-Weg einen Stammsschaden, dieser werde auch gefällt und ersetzt werden.

AM Knitsch sagt, dass es erfreulich sei zu hören, dass alle Bäume ersetzt werden. Ihm stelle sich nun die Frage, welche Bäume bis zum heutigen Tage schon ersetzt wurden.

Herr Heffungs antwortet, dass in diesem Jahr noch kein Baum ersetzt wurde. Man müsse beachten, dass der Haushalt erst im Mai offen gewesen sei. Die Ausschreibung für Neupflanzungen am Millrather Weg laufe derzeit.

Herr Weis berichtet, dass die Bürgeranhörung für das Mobilfunkkonzept am 21.09.2011 um 18 Uhr im Bürgerhaus stattfindet.

In Sachen CO-Pipeline erklärt Herr Weis, dass die Bezirksregierung als auch die Privatkläger gegen das Urteil des VG Düsseldorf über die CO Pipeline Berufung eingelegt haben. Weiterhin erklärt Herr Weis, dass der Kampfmittelbeseitigungsdienst die Stadt darüber hinaus informiert habe, dass die Kampfmittelüberprüfung der Leitungstrasse abgeschlossen sei. Die aufgefundenen Kampfmittel wurden geräumt. Es liegen keine weiteren Hinweise auf die Existenz von Kampfmitteln vor. 5 Stellen in Erkrath wurden geräumt, nördlich und südlich des Stindertalweges, an der Johannesbergerstraße und nördlich der Max-Planck – Straße.

Im Rahmen des Untersuchungsprogramms Karsterkundung in verkarstungsgefährdeten Bereichen wird der tiefere Untergrund mithilfe zerstörungsfreier Messungen untersucht. Voraussichtlich im September werden Messungen auf zwei städtischen Grundstücken durchgeführt (südl. Hochdahler Str. und nördl. der A46). Es geht um die Erkundung verkarstungsgefährdeter Bereiche. Auf eine schriftliche Anfrage der BmU antwortet Herr Weis, dass es sich bei den beobachteten Erdarbeiten um Arbeiten an der WINGAS Leitung handle. Ziel sei nach Auskunft der WINGAS die Behebung eines Korrosionsschadens. Die Benachrichtigung der Bezirksregierung sei - nach Auskunft der WINGAS – erfolgt, die der Stadt Erkrath aber bedauerlicher Weise versäumt worden.

AM Osterwind bemängelt, dass die Informationen die Stadt Erkrath erst so spät erreicht haben und er sehe dies als sehr kritisch.

AM Schmidt sagt aus, dass man versuchen müsse diese Lücke zu schließen. Man könne sich nicht auf die Bezirksregierung verlassen.

Beigeordneter Schmidt erklärt, dass es bei einem Bauantrag eine Genehmigungspflicht gebe und man dann den Antragsteller auf die CO-Pipeline hinweise. Die Bezirksregierung sei allerdings in der Pflicht, die Stadt Erkrath, bei Arbeiten entlang der CO-Pipeline Trasse, zu informieren. Erkrath könne froh sein, dass sie eine so wache Bürgerschaft habe, die bei der Stadt nachfragen.

5. Bericht gem. § 9 Abs. 2 Nr. 7 Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Erkrath über die zur Genehmigung anstehenden Vorhaben. Vorlagenr. 29/2011 5. Ergänzung

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

6. Deponie Hubbelrath, Zeitplan Sanierung Vorlagenr. 136/2011

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Schimke, begrüßt Herrn Piepers, Geschäftsführer der Zentraldeponie Hubbelrath, und Frau Bantz vom Umweltamt der Stadt Düsseldorf.

Herr Piepers erläutert anhand einer Präsentation den vorgesehenen Zeitplan zur Sanierung der Deponie.

AM Knitsch fragt, wer auf die Datenbank der Stadt Düsseldorf zugreifen könne. Zudem müsse erläutert werden, warum es erst 12 Jahre nach dem Planfeststellungsbeschluss zum Bau der 2. Erweiterung – der die Pflicht der Abdeckung des Altteils bereits enthalten hatte- erste vorbereitende Schritte zur Abdichtung unternommen würden.

Herr Piepers antwortet, dass es weiterer Untersuchungen bedurft habe. Zum damaligen Zeitpunkt habe es nur rechtliche Festsetzungen für die Oberflächenabdichtung gegeben, aber keine genaue Beschreibung, wie diese auszusehen habe. Daher müsse diese nun neu beantragt werden.

Frau Bantz bittet darum, zu diesem Themenkomplex in den nächsten Tagen schriftlich Stellung nehmen zu können. Die aktuellen Messreihen der Grundwasserbrunnen und die Machbarkeitsstudie seien beim Umweltamt der Stadt Düsseldorf einzusehen.

AM Osterwind berichtet, dass er schon 1998 Bedenken vorgetragen habe. Schon damals, sei vermutet worden, dass das Grundwasser durch die Deponie verunreinigt werde. Dies sei damals zurückgewiesen worden. Es gebe eine Zwischenabdichtung, allerdings halte diese nicht. Die Bezirksregierung solle als Aufsichtsbehörde eingeladen werden. Diese sollte erklären, wie es zu einer derartigen Zeitverzögerung gekommen sei und wieso ein Einschreiten ihrerseits unterblieb.

AM Osterwind führt aus, dass die Oberflächenabdichtung gemäß Abwägung der Bezirksregierung schrittweise hätte erfolgen müssen. Er fragt, ob im Planfeststellungsbeschluss etwas anderes stehe als im Abwägungsprozess angeführt.

AM Schmidt fragt, wie man sicherstellen könne, dass bei der Deponie im Norden nicht genau das gleiche Problem wie im Süden entstehe. Weiterhin fragt er, ob es Auffälligkeiten im südlichen Bereich gebe.

Herr Piepers antwortet, dass die Deponie im Norden nach dem heutigen Stand der Technik gebaut wurde.

AM Osterwind kündigt an, die geplante Süderweiterung der Deponie verhindern zu wollen.

Die BmU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Beschluss:

Die Einladung an die Bezirksregierung wird erneut ausgesprochen. Vor dem Hintergrund der Informationen durch die Stadt Düsseldorf im April 2010 und September 2011 wird insbesondere eine Information darüber gebeten, warum die Oberflächenabdichtung gemäß Planfeststellungsbeschluss 1998 bisher nicht umgesetzt wurde.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. Bauvorhaben Freiheitsstraße 50/50a Vorlagennr. 137/2011

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Schimke, begrüßt Herrn Burchard von BuVest.

AM Knitsch stellt fest, dass im östlichen Bereich Stellplätze wegfielen. Er fragt nach den ökologischen Gesichtspunkten.

Herr Burchard antwortet, dass es um ein Projekt im Bereich Breitensport gehe. Der vordere Eingangsbereich solle attraktiver gestaltet werden. Die Halle solle nun nicht mehr als Badmintonhalle genutzt werden, sondern für Fitnesskurse, Sport und Gerätetraining. Weiterhin solle die Halle barrierefrei werden. Man komme jetzt noch mit den Stellplätzen aus. Erst wenn weitere Projekte kommen, müsse man für neue Stellplätze sorgen.

AM Osterwind bittet darum, den Beschlussvorschlag, der aus zwei Sätzen besteht, getrennt abzustimmen.

Auf Anfrage von AM Knitsch erklärt Herr Hentschel, dass die in Rede stehenden Wohnungen im gültigen Bebauungsplan Nr. 34 „Sondergebiet Tennis- u. Freizeitanlage Freiheitsstraße“ als Unterkunftsräume für die Beherbergung von Sportlern festgesetzt werden. Hier sollten ursprünglich einige der im Sportzentrum trainierenden Sportler während der Woche in einem internatsähnlichen Betrieb untergebracht werden. Frei zu vermietende Wohnungen sieht der Bebauungsplan nicht vor. Das Bauaufsichtsamt hat erst mit dem vorliegenden Antrag vor wenigen Wochen von der Nutzung der Räume als Wohnungen Kenntnis erhalten. Der vorliegende Antrag sieht vor, in diesen Räumen zukünftig als Verwaltungsräume für die Anlage zu nutzen.

Herr Burchard sagt aus, dass die Wohnungen damals einer Hotelnutzung dienten. Diese waren aber alle drei, sechs oder neun Monate im Wechsel.

AM Knitsch erklärt, dass es sich im Augenblick um einen rechtswidrigen Zustand handele, er sei nicht bereit, das Vorhaben zu genehmigen, bevor der rechtswidrige Zustand nicht beseitigt sei.

Herr Burchard teilt mit, dass nicht alle Wohnungen vermietet seien. Sollte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, wisse er nicht wie lange er das Projekt wirtschaftlich betreiben könne.

AM Schmidt stellt fest, dass es kaum Veränderungen am Gebäude gebe. Es sei nicht vorteilhaft, wenn das Gelände keine neue Nutzung bekäme. Es muss allerdings gewährleistet sein, dass die Wohnnutzung nicht mehr gestattet werde und ordnungsbehördlich eingegriffen werde.

Herr Burchard erklärt, dass 400 qm Wohnfläche zurzeit in Benutzung seien, im Verhältnis zum gesamten Areal sei dieser eine Bruchteil. Ihm gehe es um die gesamte Planung. Die jetzigen Bewohner der Wohnungen hätten ein Recht darauf sich eine neue Wohnung zu suchen. Herr Burchard betont, dass er kein Interesse an einer Wohnnutzung habe.

AM Steuber äußert, dass der Zustand sehr unschön sei, da es sich um illegale Zustände handle. Allerdings solle man sich die Frage stellen, was wichtig für eine Stadt sei und der Ansatz des gesamten Vorhabens sei als positiv zu bewerten.

Auf Anfrage vom AM Schimschock teilt Herr Burchard mit, dass man nun schrittweise voran gehen werde. Weiterhin erklärt er, dass voraussichtlich Anfang 2013 alle Wohnungen leer sein werden, da dieses Jahr 8 Wohnungen nochmals neu vermietet wurden.

Herr Hentschel erläutert die Möglichkeiten des Bauaufsichtsamtes im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren. Werden der Behörde rechtswidrige Zustände bekannt, muss diese einschreiten. Die Wahl der anzuordnenden Maßnahmen, die konkrete Darstellung des Zeitfensters für die Durchführung der angeordneten Maßnahmen und das jeweilige Beugemittel müssen auf den individuellen Einzelfall abgestimmt werden und liegen im Ermessen der Behörde. Im vorliegenden Fall wäre die Anordnung der sofortigen Räumung der Wohnungen ermessensfehlerhaft, weil keine Gefahr für die Gesundheit und/oder das Leben der Nutzer oder Dritter besteht; es muss den betroffenen Wohnungsnutzern Gelegenheit gegeben werden, andere Unterkünfte zu finden.

Beigeordneter Schmidt sagt aus, dass die Verwaltung vom Ausschuss wissen möchte, ob Sie dem Vorhaben auch im Hinblick auf den in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan allgemein zustimme. Auch innerhalb der Verwaltung sei man sich einig, dass der rechtswidrige Zustand beseitigt werden müsse.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellen folgenden Antrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den rechtswidrigen Zustand so schnell wie möglich zu beseitigen und in 6 Monaten über die Situation zu berichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung Umwelt und Verkehr stimmt dem Bauvorhaben Freiheitsstraße 50/50a gem. der Anlagen Nr. 1.1-1.4 vorbehaltlich bauordnungsrechtlicher sowie immissionsschutzrechtlicher Belange zu.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 4 dagegen, 0 Enthaltungen
Gegenstimmen durch SPD und BmU

Beschluss:

Der Grundsatzbeschluss vom 15.03.2011 zur 78. FNP-Änderung und zum Bebauungsverfahren Nr. E27 – Freiheitsstraße – wird angehalten.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

8. Zeitplan für die Bauleitplanverfahren Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus hier: Antrag der SPD-, BmU-, Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 19.04.2011 Vorlagenr. 99/2011

AM Osterwind sagt aus, dass die Bemühungen um eine Einigung zum zeitlichen Vorgehen in das Verfahren Neanderhöhe und kleines Bruchhaus fehlgeschlagen seien. Das Stadtentwicklungskonzept (STEK) solle keine Verbote auferlegt bekommen. Die Entscheidung über die Flächen solle endgültig erst nach der Fertigstellung des Stadtentwicklungskonzeptes erfolgen.

AM Knitsch erklärt, dass die BmU im Internet darstellt, dass die Grünen und die Naturschutzverbände damals für die Errichtung des Schwimmbads an der jetzigen Stelle gewesen seien, dem möchte er widersprechen. Die Bürgerbeteiligung wäre ebenfalls im Rahmen der Bürgerbeteiligung der Bauleitplanverfahren erfolgt. Damals sei man sich noch darüber einig gewesen, dass diese Fläche mit allen Mitteln geschützt werden sollte. Die Offenlage für die Verfahren solle so schnell wie möglich erfolgen. Dies habe nichts mit dem Stadtentwicklungskonzept zu tun. Im Kreis Mettmann seien genug Gewerbeflächen vorhanden. Der Feststellungsbeschluss werde nicht vor Mitte 2012 beschlossen werden.

AM Sternberg betont nochmals, dass die Naturschutzverbände sich damals gegen das Schwimmbad ausgesprochen hätten. Ihm sei es wichtig, dass auch ohne das STEK eine Entscheidung getroffen werden könne. Er plädiert auch an FDP und CDU, dass diese Freiflächen erhalten werden solle.

AM Ehlert merkt an, dass weiterhin im Rahmen des STEK diskutiert werden solle, ob und wo Flächen gebraucht werden. Es bittet darum, das STEK weiterhin zügig fortzusetzen.

AM Schmidt erklärt, dass für alle wichtigen Entscheidungen ein Konsens gefunden werden solle. Nur ein ergebnisoffenes STEK könne Erfolge bringen. Demnach müssen die Flächen im Gespräch um das STEK bleiben. Er könne es nicht akzeptieren, dass bestimmte Themen aus dem STEK herausgenommen werden.

AM Osterwind fragt, worüber eigentlich im Augenblick gesprochen werde. Jedes Planverfahren sei bis zum Ende offen. Man solle immer offen für andere bzw. neue Argumente sein. Die Grünen verunsichern die Bürger. Die Konflikte wurden künstlich angeheizt, wie z. B. durch den Rundbrief der Grünen. Bei diesem Thema sei festzustellen, dass es unterschiedliche Meinungen zwischen den Grünen und der BmU gebe.

AM Schimschock gibt zu Bedenken, dass ein Konsens auch für die zukünftige Generation wichtig sei. 2050 könne man vor ähnlichen Problemen stehen, da man dann eventuell keine Flächen mehr zu entwickeln habe. Man sollte sich darauf konzentrieren, vorhandene Flächen zu attraktivieren.

AM Knitsch erklärt, dass es doch um die zentrale Frage gehe, ob man diese Diskussion mit dem Stadtentwicklungskonzept verknüpfe. Im Wahlkampf wurde den Bürgern damals versprochen, dass diese Flächen unter keinen Umständen bebaut werden. Auch in den damaligen Beschlüssen habe man keinen Bezug zum STEK festgelegt. Ein breiter Konsens in der Sache würde ihn freuen. Erkrath brauche keine Gewerbegebiete mehr, da der Kreis große Reserven habe. In der Öffentlichkeit werde der Eindruck vermittelt, dass Erkrath keine Gewerbegebiete mehr habe.

AM Steuber merkt an, dass er bereits von Anfang an gegen das STEK gewesen sei, da er vermutet habe, dass dieses nicht ergebnisoffen sein werde. Das STEK sei nur aussagekräftig, wenn es keine Verbote gebe. Sollte sich innerhalb der Prozesses des STEK herausstellen, dass eine Bebauung von Neanderhöhe und kleines Bruchhaus nicht gewünscht werde und dies breiter Konsens der Bürger sei, so werde auch er dies akzeptieren. Das STEK sei ein demokratischer Entscheidungsprozess.

AM Schmidt sagt aus, dass die CDU Erkrath als liebenswerte Stadt erhalten wolle. Die Schuldenpolitik der Stadt Erkrath sei nicht gut und die Stadt habe immer weniger Spielräume. Sollte es Verbote im STEK geben, hätte ein STEK keinen Sinn gehabt.

AM Sternberg erklärt, dass das STEK und das Planbüro auch keine Lösung für das Problem bereithalten werden können. Die Menschen bräuchten dringend die Natur.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden Antrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zeitlichen Abläufe für alle drei FNP- Änderungsverfahren so zu gestalten, dass die Feststellungsbeschlüsse in jedem Fall vor der Sommerpause 2012 vom Rat beschlossen werden können.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 10 dagegen, 0 Enthaltungen
Gegenstimmen durch CDU, BmU und FDP

Die BmU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zeitlichen Abläufe für die 69., 80. und 81. – Flächennutzungsplanänderungsverfahren so zu gestalten, dass die Feststellungsbeschlüsse in jedem Fall unmittelbar nach der abschließenden Befassung der politischen Vertretung mit dem Stadtentwicklungskonzept, spätestens im dritten Quartal 2012, erfolgen kann.

Die Offenlage der Pläne soll nicht vor der Flächendiskussion und deren Bewertung Ende 2011 erfolgen.

Die Verwaltung hat alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die abschließende Befassung mit dem Stadtentwicklungskonzept auf jeden Fall innerhalb des zweiten Quartals 2012 erfolgen kann.

Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 5 dagegen, 2 Enthaltungen
Gegenstimmen durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Enthaltung durch SPD

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Prozess des Stadtentwicklungskonzeptes zu beschleunigen. Die Schritte der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung sind durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu fördern und stärken.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 0 dagegen, 10 Enthaltungen
Enthaltung durch CDU, BmU und FDP

9. Fraktionsanträge

9.1 Straßenbeleuchtung im Bereich Ruhrstraße - Willbecker Straße Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.07.2011 Vorlagennr. 133/2011

AM Knitsch teilt mit, dass er sich die Situation selbst angeschaut habe. Es sei seltsam, dass der Erschließungsweg privat sei. Die Beleuchtung sei entfernt worden. Die Stadt solle diesen Weg übernehmen. Er würde gerne wissen, wie viele Fälle dieser Art es noch gebe.

AM Osterwind sei ebenfalls aufgefallen, dass es sich hier nicht um einen Einzelfall handle. Er spricht sich für eine Vertagung aus. Die Verwaltung solle bitte darlegen, wo es noch ähnlich gelagerte Fälle gebe.

AM Cüppers gibt zu Bedenken, dass man vorsichtig sein solle, welche Straßen man übernehme, sonst zahle die Stadt bald alle Straßen und deren Erhaltung.

Herr Heffungs teilt mit, dass dieses Thema die Verwaltung bereits seit ca. vier Jahren beschäftige. Es wurde mit dem Eigentümer gesprochen. Es handle sich um einen privaten Weg. In zumutbarer Nähe gebe es außerdem auch einen öffentlichen Weg. Es gebe noch mehrere Wege, die das gleiche Problem aufweisen. Auf Wunsch sagt Herr Heffungs zu, bis zum Anfang nächsten Jahres eine Liste zusammenstellen, die die Wege aufliste und diese dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Beigeordneter Schmidt merkt an, dass die Wege bereits im Bebauungsplan als privat ausgewiesen seien. Er geht davon aus, dass der Satzungsgeber bewusst zwischen öffentlichen und privaten Wegen unterschieden habe. Die Verwaltung habe nach Kenntnisnahme des Sachverhaltes entsprechend gehandelt.

Da die Tagesordnungspunkte

- 10) Straßenreinigung in städtischer Regie?
Untersuchung
Vorlagennr. 126/2011
- 11) Neubau Brücke Hochdahlhaus/Sedenquelle (BW 2.59)
Vorlagennr. 134/2011
- 12) Brückensanierungskonzept Teil 1
Vorlagennr. 68/2011
- 13) Bürgeranträge

Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land NRW:
Bürgerantrag von Frau Ingeborg Georg und Herrn Horst Georg
hier: Beanstandung des Beschlusses vom 15.03.2011 zur Sperrung der Kempener Strasse, Feldheider Strasse und Johannesberger Strasse
Vorlagennr. 237/2010 2. Ergänzung
- 14) Modernisierung und barrierefreier Ausbau des Haltepunkts Hochdahl
Vorlagennr. 231/2010 1. Ergänzung
- 15) Bewertung der Rutschgefahr und Zustand des Pflasters im Bereich unterer Hochdahler Markt
Vorlagennr. 131/2011
- 16. Bordsteinabsenkungen im Erkrather Stadtgebiet
Vorlagennr. 130/2011

sowie die Tagesordnungspunkte 17, 18 und 19 aus der nichtöffentlichen Sitzung aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden können, werden diese auf die nächste Sonderausschusssitzung am 04.10.2011 vertagt.

gez. Schimke

gez. Martin

gez. Dobis

stellv. Ausschussvorsitzende

Mitunterzeichner

Protokoll

TEILNEHMERLISTE

über die 24. Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr der Stadt Erkrath
am Donnerstag, dem 08.09.2011, 17:00 Uhr,
großer Sitzungssaal

An der heutigen Sitzung nehmen folgende Ausschussmitglieder teil:

Ehlert, Detlef
Schimke, Sabine
Cüppers, Wolfgang
Hustädt, Monika
Kirchhoff, Annette
Knitsch, Peter
Osterwind, Bernhard
Schimschock, Ulrich
Schmidt, Wilfried
Spelter, Thorsten
Steuber, Rolf
Urban, Peter
Wedding, Regina
Weiß, Ulrich
Göckeritz, Marc
Martin, Peter
Schulze, Lore
Pistorius, Kurt
Polizeihauptkommissar Schröter, Wolfgang bis 18:05 Uhr
Sternberg, Wolfgang

Von der Verwaltung:

Beigeordneter Schmidt

Sowie die Mitarbeiter:

Herr Weis
Herr Heffungs
Herr Kentgens
Herr Hentschel

Für die Protokollführung:

Frau Dobis

Gäste:

Herr Burchard von BuVest

Herrn Piepers, Geschäftsführer der Zentraldeponie Hubbelrath und Frau Bantz von Umweltamt der Stadt Düsseldorf.